

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postzuschlag monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, U. Tel. 3165. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbpaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inzerate unter bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Freitag den 31. Januar 1913.

24. Jahrg.

Auf der Bahnstraße Reichenau—Zittau wurde ein Personenzug vom Sturme umgeworfen.

Das Mißtrauensvotum, das der Reichstag gestern der Regierung erteilte, sucht die konservative Presse als Vagatelie hinzustellen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig errangen die Genossen in der dritten Abteilung sämtliche zur Wahl stehenden Sitze.

In Königberg wurden durch die Explosion eines verjagten Fremdkörpers vier Arbeiter verletzt.

Nach einer Londoner Meldung werden die Balkanverbündeten von Friedensvorschlag der russischen Rote rundweg abgelehnt.

Das erste Mißtrauensvotum.

Der Reichstag hat gestern zum erstenmal die Bestimmung der Geschäftsordnung zur Anwendung gebracht, die ihm gestattet, der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Mit 213 gegen 97 Stimmen ist der polnische Antrag angenommen, der ausspricht, daß der Reichstag die Zulassung der Polenentscheidung durch den Reichstag mißbilligt. 43 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit hat die Mehrheit des Reichstags deutlich und klar ausgesprochen, daß sie von der dummen und gefährlichen Politik der preußisch-deutschen Regierung nichts wissen will. Hinter dem Reichstag steht die Mehrheit des deutschen Volkes, das die fatalistischen Gewalttaten verabscheut. Der Reichstag ist besonders deshalb sehr wertvoll, weil er geeignet ist, das Ansehen des deutschen Volkes bei den Kulturnationen zu erhöhen. Man weiß jetzt überall, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit nichts gemein hat mit den Gewalttätigen, die die kulturwidrige Unterdrückungspolitik gegen die polnische Nation treiben. So sehr sich auch fatalistische und Abwehrkräfte über den Reichstagsbeschluss aufregen werden, so ist doch das dem Reichstagsbeschluss folgende Mißtrauensvotum eine nationale Tat im besten Sinne des Wortes. Der Reichstag ist geeignet, zu verhüten, daß bei den im Aufstiege begriffenen jüdischen Nationen ein wilder Haß gegen das deutsche Volk ausbricht. Und das ist doch sicher von der größten Bedeutung für das deutsche Volk. Haben wir doch allen Grund, darauf bedacht zu sein, daß wir gute Beziehungen zu unseren slawischen Nachbarn haben. Je mehr sich die slawischen Völker entwickeln, um so wichtiger werden sie als Abnehmer für die Erzeugnisse des deutschen Fleisches, wenn eben nicht die brutale Unterdrückung, unter der die slawischen Völker in Deutschland zu leiden haben, ihnen die Masse des Rohstoffs gegen die deutschen Erzeugnisse in die Hand drückt.

Was wird aber das Mißtrauensvotum zunächst für eine Folge haben? Wird sich an der preußisch-deutschen Politik irgend etwas ändern? Es ist bezeichnend für die Unselbständigkeit unserer ganzen politischen Verhältnisse, daß man damit rechnen muß, daß sich gar nichts ändern wird. Der Reichstagsbeschluss, so meint die Deutsche Tageszeitung, wird bei den Allen des Reichstags bleiben und den Bundesrat überhaupt nicht beschäftigen. Irgendwelche Konsequenzen würde der Beschluss wohl nicht haben. Und das agrarische Volk dürfte sich nicht kümmern. In anderen politisch fortgeschrittenen Ländern bedeutet bekanntlich ein einmütig erteiltes Mißtrauensvotum, daß der betreffende Herr seiner Wege zu gehen hat, was auch regelmäßig geschieht. In der deutschen Reichsverfassung steht ja gewiß nichts davon, daß der Reichstagsbeschluss nach einem Mißtrauensvotum des Reichstags sein Amt verlassen muß. Der Reichstagsbeschluss wird vom Kaiser erlassen und entlassen. Aber auch die Verfassungen anderer Staaten enthalten keine Bestimmungen, die die Minister nach einem Mißtrauensvotum zum Gehen verpflichten. Die Parolen lassen sich eben dort einen Minister, der ihnen nicht genehm ist, nicht gefallen.

Die Mehrheit, die sich gegen die Polenpolitik ausgesprochen hat, besteht aus Polen, Zentrum, Sozialdemokraten und Link-Sozialisten. Die Sozialdemokratie würde selbstverständlich alles tun, um es durchzusetzen, daß Weismann verabschiedet. Allein sie ist in der Minderheit. Wohl aber würde das Zentrum in der Lage, der Weismannschen Ministerkabinetts ein Ende zu machen. Die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht braucht nur zu wollen. Es wäre nicht einmal nötig, daß sich die tapferen Zentrumsmänner zu dem revolutionären Akt der Budgetverweigerung aufschwingen. Es stehen ja neue, große Heeres- und Finanzvorlagen vor der Tür. Das Zentrum braucht bloß zu erklären, daß es sich auf keinerlei Neubewilligungen einläßt, solange der Herr v. Weismann am Ruder ist, und dem langen Philosophen würde die Lust vergehen, noch lange Reichstagskanzler zu spielen, wenn er auch noch so sehr das Vertrauen seines kaiserlichen Herrn besitzt. Aber wir sind ja gewohnt, daß den großen Worten der Herrlichen Herren nie die entsprechenden Taten folgen. Die Germania bringt zwar einen großen Triumphartikel, aber sie sagt kein Wort darüber, was nun eigentlich das Zentrum zu tun gedenkt! Es wird eben wenigstens im Reichstage nichts tun!

Gewiß würden es die Herren vom Zentrum gern sehen, wenn der Herr v. Weismann beschwände, und sie werden auf der Hinterbank, vielleicht unterstützt von guten konservativen Freunden, mancherlei tun, um Weismanns Reichstagskanzlerdasein ein Ende zu bereiten.

Ein energisches Vorgehen gegen Weismann in diesem Falle müßte, wenn es Erfolg hat, dazu führen, daß der Einfluß und die Macht des Reichstags vermehrt wird. Würde doch dann jeder Reichstagskanzler wissen, daß er sich dem deutlich ausgesprochenen Willen des Reichstags zu fügen hat. Und das wollen die Herren vom Zentrum ebensowenig wie ihre blauen Blodbrüder.

Ja, wenn sie die Sicherheit hätten, daß der Zentrumssturm allen Eilern der Zeit stand hielte, wenn sie wüßten, daß es immer so bliebe wie heute, wo gegen ihren Willen im Reichstag nicht so leicht etwas geschieht! Aber wie schnell können sich die Dinge ändern. Wer weiß, ob nicht über kurz oder lang einmal der Reichstag eine Mehrheit besitzt, die bereit ist, alles Reaktionsäre aus Deutschland mit eisernem Besen hinauszufegen. Nein, dieser Reichstag des allgemeinen Wahlrechts darf nicht zu viel Macht bekommen. Das kann das erzkonservative Zentrum nicht wollen. Und deshalb wird es nun auf seinen Vorbeeren ausruhen, nachdem es wieder einmal die Gelegenheit benutzt hat, seinen Wind recht doll zu nehmen und sich als Hüter des Rechtsempfindens des deutschen Volkes aufzuspielen.

Die einzige Partei in Deutschland, die wirklich den festen Willen hat, für die Erweiterung der Rechte des Volkes alles einzusetzen, ist eben die Sozialdemokratie. Nicht eher werden wir zu politischen Zuständen kommen, die eines Kulturvolkes wie des deutschen würdig sind, bis das deutsche Proletariat stark genug sein wird, der Regierung der Junker, Pfaffen und Kapitalisten das letzte Mißtrauensvotum zu erteilen.

Aus dem Reichstage.

Aus dem Reichstage wird uns über den Verlauf der Sitzung vom Donnerstag geschrieben:

Als die heutige Sitzung begann, waren die Regierungsbänke leer. Der Reichstagskanzler und seine Mitarbeiter saßen den Straifen fort, den sie gestern bei der Verurteilung der Poleninterpellation, begonnen haben, und nur zwei bedeutende Abwesende waren als Ersatzpersonen hingekommen. Herr v. Weismann-Hollweg war eben den Schein, als ob wirklich dem Reichstage der durch das preußische Entschuldigungsgebot erfolgte Bruch der Reichsverfassung nichts anginge. Das wird für ihn übrigens auch der bequemste Normalzustand sein, das Votum zu ignorieren, das der Reichstag gegen ihn abgegeben hat — abgesehen davon, daß ihm ja daran liegen muß, vor aller Öffentlichkeit zu beweisen, daß das deutsche Volk nach immer nicht das selbstbestimmte parlamentarische Regime mit seinen selbstverständlichen Konsequenzen hat. Trotzdem bleibt die Tatsache dieses Votums bestehen: mit 213 gegen 97 Stimmen bei 43 zur Enthaltungseinstimmigkeit ungenügenden Fortschrittler ist ihm das Mißtrauen des Reichsparlamentes bezeugt worden. Er mag noch so unempfindlich sein, eine häufigere Wiederholung solcher Demonstrationen müßte ihm doch schließlich wohl auf die Nerven gehen.

Daran ist freilich nicht so bald zu denken. Denn in einer der wichtigsten Lebensfragen der Nation, in der Frage der Volksernährung, liegt der Reichstag gegen den Kanzler durchaus nicht das Mißtrauen, das die Wähler vom 12. Januar in ihrer erdrückenden Mehrheit zum Ausdruck gebracht haben. Dem Reichstage liegt der Gesetzentwurf über vorübergehende Kollektivleistungen bei der Reichseinkaufsverwaltung zur Zeit der Kriegsjahre vor, die ihm die Kommission gegeben hat. Zugleich mit dieser zweiten Lesung der Vorlage werden die Resolutionen durchberaten, die von der freilichigen und von der sozialdemokratischen Fraktion zu derselben Materie eingebracht worden sind. Und bei dieser heute begonnenen Debatte, die morgen vielleicht zu Ende geführt werden wird, hat sich eben das gezeigt, was wir feststellen: daß die Mehrheit des Volkes durch die Mehrheit des Reichstages tatsächlich nicht repräsentiert wird.

Die trostlose Unvollkommenheit des Entwurfs ist auch in der Kommissionsaufstellung selbsterleuchtend. Sie ist an der Hand ausführlicher Materialien auseinander, und er legt besonderen Wert auf den Hinweis, daß der Vorlage zweifellos die bewusste Absicht unterliegt, keine entscheidenden Maßnahmen gegen die Exzerzierung, in anderen Worten gegen die Ausnutzung des Volkes durch agrarischen Eigennutz zu ergreifen. Selbstverständlich mußte diese Argumentation den ganzen großen Komplex der Zoll- und Handelspolitik berühren, so ungenau der Präsident diesen Zusammenhang erkennen wollte. Wenn Herr Kaempf so ganzfahndend ist, daß er den Ausdruck „Zollwucherermehrheit“ durch einen Ordnungszustrafen zu müssen glaubt, so ist das schließlich nicht überaus schlimm. Aber bei allem Hartgefühl und selbst bei allem Verständnis für die Wünsche der Rechten und des Zentrums darf er es nicht hindern, daß eine so geschlossene Gemeinleistung, wie sie in einer solchen Frage unser Redner gegeben hat, auch die übrigen Einrichtungen und Methoden der agrarischen Schutzpolitik etwas behandelt.

Herr Gerold vom Zentrum, Herr Dr. Wötiger von den Nationalliberalen, und der Konservative Krutwald vertreten alle den Standpunkt der Regierungsvorlage, wobei sie je nach der Richtung ein ganz klein wenig nuancieren. Der eine hat's etwas geschickter, der andere etwas verführerischer, und Herr Krutwald so wenig großzügig, als er's vermag. Sie sind die Träger des Vertrauens zur Regierungspolitik, die auch der Unterstaatssekretär Richter schließt und recht zu verteidigen lätze. Von den Fortschrittler wandte sich Herr Fischer bei und ha zoghaft, aber mit einigen guten Argumenten, gegen den unmöglichen Regierungsentwurf. Ganz ungünstig wird er erst, wenn kommunale Eingriffe zu befürchten sind.

Baumwollkultur und Kolonialmilitarismus.

Die übertrieben und haltlosen Behauptungen unserer Gegner, daß die Sozialdemokratie kein Verständnis für die Vertriebungen einer Baumwollkultur in Afrika bekundet habe, sah sich sogar die Zeitschrift des Kolonialamts über die Baumwollfrage zu widerlegen veranlaßt. Zum Beweise dafür, daß große Kreise der Bevölkerung an der Baumwollfrage interessiert sind, berief sich die Zeitschrift auch auf das Zeugnis der sozialdemokratischen Presse, aus der sie u. a. folgende Äußerungen zitierte:

„Wir sind durchaus Gegner der Kolonialpolitik, stehen aber den in Afrika betriebenen Versuchen, dort die Baumwolle einzuführen und anzubauen, sympathisch gegenüber. Das Monopol, das die Vereinigten Staaten von Amerika noch immer besitzen, führt dort in jedem Jahre zur Bildung von Spekulationsdringen und schamlosen Preisüberbieten, die fast regelmäßig anhaltende Störungen in der englischen, französischen und deutschen Baumwollindustrie nach sich ziehen. ... Könnte dieses Monopol Amerikas und damit der dortigen Baumwollzüchter durchbrochen werden, so würde das für die gesamte Baumwollindustrie ein großer Vorteil sein.“

Allerdings trat die Sozialdemokratie den schwindelhaften Versprechungen entgegen, die von den Kolonialpatrioten dem deutschen Volke gemacht wurden, jenen Versprechungen, die ihren Höhepunkt in den Gottenottenwahlen 1907 erreichten und denen dann ein allgemeiner kolonialer Kragenjammer folgte. Unlängst veröffentlichte der kaiserliche Bezirksamtmann a. D. H. G. v. Elpöns in der Wochenausgabe des Berliner Tageblatts einen Artikel über die Baumwollkultur in den deutschen Kolonien, der bei der unabweislichen großen Sachkenntnis des Verfassers das höchste Interesse beansprucht. Herr v. Elpöns kommt in seinen Ausführungen über den Einfluß des Kolonialmilitarismus auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien zu einem Ergebnis, das die Bestätigung der von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung in dieser Frage bildet:

„Wird es uns nach den bisher vorliegenden Erfahrungen gelingen, den Weltmarkt an Rohbaumwolle, der im Jahre 1911 sich bei 138 Millionen Spindeln auf 18 1/2 Millionen Ballen stellte, auch nur zu einem einigermaßen ins Gewicht fallenden Quantum aus den kolonialen Herkünften zu decken? Deutschland allein hat im Jahre 1908 einen Verbrauch von 2467218 Ballen gehabt, und damit circa 7 Millionen Spindeln versorgt.“

Die Frage ist zu bejahen, wenn es uns gelingt, eine dem Klima und dem Landstrich angemessene Staube zu finden, wenn wir darauf beharren, dem Eingeborenen nicht nur den Verdienst für seine Arbeit zu sichern, sondern ihm auch bei allen unausbleiblichen Rückschlägen helfend zur Seite zu stehen.

Wenn wir ferner in Zukunft von allen kriegerischen, ehrgeizigen Abenteuer in den Schutzgebieten absehen, die Verbilligung bei Konflikten schonend behandeln und uns die wirtschaftliche Ohnmacht Südwestafrikas zur Warnung dienen lassen. In Südwest ist eine landläufige und an und für sich schon spärliche Bevölkerung fast völlig einem Phantom zuleibe ausgerollt und damit jede Aussicht auf Erzeugnis von Baumwolle vernichtet worden, trotz sonst günstiger klimatischer Verhältnisse.

Sollte wieder einmal die Woge des Aufstaus über unsere zentralafrikanischen Schutzgebiete dahinrollen, so muß in erster Linie diesmal dafür gesorgt werden, daß den Anforderungen der Vernunft Gehör geschenkt wird und die Wiederherstellung der Ruhe nicht mit so ungeheuerlichen Opfern an farbigen Bevolkerung zu bewahren ist, wie dies bisher leider der Brauch gewesen ist. Das kolonialwirtschaftliche Komitee und die Baumwollindustriellen sollten das ihrige dazu tun, um den dauernden und ebenso widerwärtigen Kriegsgelüsten derjenigen Kreise ein Ende zu bereiten, die von solchem kolonialen Unglück bisher profitiert haben und ferner profitieren wollen.

Sie sollten unausgesetzt den Schutz der Eingeborenen auch bei Aufständen und gerade dann fordern.

Wir brauchen die kolonialen Erzeugnisse, deren Herbeischaffung uns schwere Opfer kostet, wie das Hebe Brot, auf dem kolonialen „Leibee“ verzichtet wir gern, er ist Unkraut und das deutsche Volk nicht mehr würdig, aber dies herbeizuführen, brauchen wir statt der spärlichen farbigen Bevölkerung eine noch vielen Millionen zählende, die sich unter deutscher Regierung wohl und sicher fühlt.“

In Denkschriften von Gouverneuren früherer Jahre sollen ähnliche Urteile zu finden sein. Der Reichstag sollte dafür sorgen, daß ihm die Denkschriften der Gouverneure, auch die älteren, zur Kenntnisnahme überwiehen werden.

Deutsches Reich.

Wassermann für Reichstagsauflösung.

In Waggeburg sprach am letzten Mittwochabend Herr Wassermann über die kommenden Militärvorlagen. Ueber seine Rede wird berichtet:

„Nachdem Redner auf die Polenfrage und die kabinettischen Intrigen im Reichstage eingegangen, erörterte er die „großen Aufgaben für 1913“, die Militärvorlage und die Steuerreform. Während andere Länder erwachsen und sich weiter entwickeln können,